



## PRESSEMITTEILUNG

3. Dezember 2002

Dr. med. Dietrich Jungck  
Präsident

Jakobikirchhof 9  
20095 Hamburg  
Tel. 0 40-33 09 09  
Fax 0 40-33 57 44  
E-Mail: jungck.hh@t-online.de  
Internet: vdaea.de

### **Behinderung der Versorgung von Schmerzpatienten durch die „Bundesopiumstelle“**

**Immer noch wird die Versorgung von Schmerzpatienten mit Medikamenten, die der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtMVV) unterliegen, mehr als notwendig beeinträchtigt. Die „Bundesopiumstelle“, die für Druck und Versand der „Betäubungsmittelrezepte“ zuständig ist, verzögert zur Zeit die Auslieferung und rationiert die Rezepte.**

Ärzte, die Patienten mit starken Schmerzen zu versorgen haben, müssen damit rechnen, daß die Auslieferung von Rezepten erheblich verzögert wird. Den letzten Informationen der Bundesopiumstelle ist zu entnehmen, daß mit Lieferzeiten von bis zu drei Wochen zu rechnen ist. Diese Verzögerung kommt für Ärzte überraschend. Bisher wurden Anforderungen innerhalb von einer Woche bis 10 Tagen beliefert. Auf dieser Grundlage erfolgten Bevorratung und Nachbestellung.

Die neue Situation kann Ärzte und ihre Patienten mit der Situation konfrontieren, daß die Betäubungsmittelrezepte ausgehen, bevor Nachschub eingetroffen ist. Ersatzverfahren sind mit zusätzlichen Kosten und Unannehmlichkeiten verbunden.

Die „Bundesopiumstelle“ – ein Begriff, der ebenso reformbedürftig ist wie das „Betäubungsmittelrezept“ – ist offenbar mit der Versorgung von Schmerzpatienten und der täglichen Praxis nicht vertraut. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß Rezeptanforderungen verzögert oder unbearbeitet liegen bleiben, die anfordernden Ärzte von der Verzögerung nicht informiert werden und die Patientenversorgung dadurch beeinträchtigt wird.

Die praktizierte Rationierung – es werden höchstens 250 Rezepte abgegeben – hat weitere organisatorische Beeinträchtigungen zur Folge, ohne daß es hierfür eine gesetzliche Grundlage gäbe.

Erneut stellt sich die Frage nach dem Sinn einer solchen überbordenden Bürokratie, die nicht zur Verbesserung der Versorgung beiträgt, sondern nur Ärger und Kosten verursacht. Es wäre nützlich, sich in dem Amt darauf zu besinnen, daß zuallererst nicht Papier bewegt, sondern die Versorgung von Schmerzpatienten ermöglicht werden soll.

Dr. med. Dietrich Jungck